

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur *Johann Michow.*
Wien. I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Dienstag, 4. Februar 1919. Nr. 58.

Kartoffelabgabe. Donnerstag, Freitag und Samstag werden im 11. Bezirke Kartoffeln und zwar 2 kg für den Kopf gegen Abtrennung der Abschnitte M bis T der Kartoffelkarte abgegeben.

Die Schweizer Liebesgabensendung. Die Schweizer Gesandtschaft in Wien ersucht um die Feststellung, dass die Ende dieser Woche in Wien eintreffende Liebesgabensendung nicht ausschliesslich Züricher Herkunft ist. Von der aus 28 Waggons bestehenden Liebesgabensendung hat Zürich durch Saameltätigkeit rund 12 Waggons aufgebracht, während Bern, Basel, Genf, Winterthur, St. Gallen, Zug, Frauenfeld, Olten, Solothurn, Listal, Aarau, Luzern und Hitzkirch den übrigen Teil der Sendung gesammelt haben. Die Sendung besteht aus Kondensmilch, Teigwaren, Fleisch- und Suppenkonserven, Schokolade, Kakao, Dörr- und Frischobst, Dörrpflaumen u.dgl. Ausserdem wurden in der Schweiz über 100.000 Franken in Barem durch Sammlungen aufgebracht, welche für den Ankauf von Lebensmitteln in der Schweiz verwendet werden sollen. Es dürfte daher ungefähr in 14 Tagen bis 3 Wochen eine weitere Lebensmittellieferung in Wien eintreffen.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Dienstag, 4. Februar 1919. Nr. 59.

Festsetzung der Wahllokale für die Nationalversammlung. In den nächsten Tagen wird eine Kundmachung des Magistrates dem Inhaber eines jeden Hauses behufs Anschlages an einer allen Hausbewohnern leicht zugänglichen Stelle zugehen, in welcher der Vorgang bei der Stimmenabgabe geschildert und überdies das Wahllokal ausdrücklich bezeichnet sein wird, in welchem die Bewohner dieses Hauses ihr Wahlrecht auszuüben haben. Es wird schon jetzt darauf aufmerksam gemacht, dass die Unterlassung des Anschlages der Kundmachung unter Strafe gestellt wird.

Aus dem Stadtrate. Nach einem Berichte des StR. Schwer wird zur Verbesserung des Feuerschutzes im 21. Bezirk die Einstellung von Elektromobilen genehmigt. Zu diesem Zwecke muss vorerst ein Drehstrom - Gleichstrom - Umformer angeschafft werden. Hiefür werden 19.305 Kronen bewilligt. - Nach einem Berichte des VB. Reumann wird der Neuchatel Asphalte Company die als ausländisches Unternehmen seit Kriegsbeginn nicht mehr zu städtischen Arbeiten herangezogen wurde, die Ausführung der Asphaltierungsarbeiten zugewiesen werden. - An die Wagenkarosserie und Flugzeugfabrik Dr. W. von Gutmann wird nach einem Berichte des VB. Reumann in der Reichenbachgasse im 10. Bezirk eine Fläche im Ausmasse von 488 m² längstens bis Ende 1921 um 1000 Kronen jährlich verpachtet. - Nach einem Antrage des StR. Jung wird das in der Lagerabteilung des städtischen Wirtschaftsamt im Jubiläumsspital der Stadt Wien, im Versorgungshain in Lainz, in den städtischen Schulen, und verschiedenen anderen Gemeindeanstalten lagernde Alteisen im Gesamtgewichte von 350.000 kg um durchschnittlich K 8.- per kg an den Bestbieter veräussert.

Die österreichische Finanzkommission in Bern. Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilte in der heutigen Sitzung des Stadtrates mit, dass er im Sinne eines Beschlusses des Stadtrates bei den Staatssekretären Dr. Löwenfeld - Russ und Dr. Bauer vorgesprochen und ersucht habe, es möge ein Vertreter der Gemeinde Wien, der nach Bern und Paris zu entsendenden Finanzkommission beigezogen werden. Dr. Bauer habe das Verlangen für berechtigt erklärt und den Sektionschef Dr. Schüler beauftragt, er möge sich von Bern aus für die Forderung der Stadt Wien einsetzen. Unter diesen Umständen könne als sicher angenommen werden, dass ein Gemeinderat als Vertreter der Gemeinde den Verhandlungen in Bern beigezogen würde und die Einreisebewilligung nach Paris erhalten. Gemäss einer Anregung des StR. Hohensinner schlage er die Entsendung des GR. Dr. von Schwarz - Hiller vor, der sich bereits bei solchen Verhandlungen bewährt habe, Sprachkenntnisse besitze und gute Verbindungen mit den in Betracht kommenden Persönlichkeiten habe. Dem Antrag wurde angenommen.

Die Gemeinde Wien und die Arbeitslosenunterstützung. In der heutigen Sitzung des Stadtrates brachte Bürgermeister Dr. Weiskirchner nachstehenden Antrag der sozialdemokratischen Mitglieder zur Verlesung: Die Gemeinde Wien leistet für die Arbeitslosen Familienerhalter einen Zuschuss zur staatlichen Arbeitslosenunterstützung in der Höhe von 50 %. Hinsichtlich des Auszahlungs- und Verrechnungsmodus ist ein Einvernehmen mit dem Staatsamte für soziale Fürsorge und den Amtsstellen für Arbeitsvermittlung zu pflegen. In formaler Beziehung wird beantragt, dem Gegenstande dieses Antrages die Dringlichkeit zuzuerkennen und im Sinne des § 15 der Geschäftsordnung sofort zu verhandeln.

StR. Emmerling begründet die Dringlichkeit des Antrages, worauf Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass die Gemeindeverwaltung sich der Notwendigkeit der Differenzierung zwischen Wien und ^{der Frage} den anderen Teilen des Reiches nie verschlossen habe. Das zeige sich z.B. auch bei ^{der Frage} den Unterhaltsbeiträgen.

Er sehe nicht ein, warum nicht auch in diesem Falle die Regierung für die Wiener Arbeitslosen eine höhere Unterstützung geben könnte. Der Bürgermeister erklärt, er sei mit der dringlichen Verhandlung einverstanden, es müssten jedoch Sicherheiten geschaffen werden, dass durch eine erhöhte Gewährung der Arbeitslosenunterstützung nicht ein grösserer Zuzug von Arbeitslosen aus der nächsten Umgebung nach Wien erfolge. Es wäre deshalb notwendig, dass die städtischen Aemter einen eingehenden Bericht über den Antrag vorlegen. Dieser Bericht wäre bis Donnerstag dem Stadtrate zu unterbreiten. Da StR. Emmerling und seine Parteigenossen sich damit einverstanden erklären, wird der Antrag des Bürgermeisters angenommen.

Wiener Rathens Korrespondenz.

Wien, am 4. Feber 1919.

Verehrliche Redaktion!

In dem in unserer heutigen ersten Ausgabe enthaltenen Bericht:
„Die Schweizer Liebesgabenendung.“ soll es richtig heißen:
Zug (statt Zugg), Frauenfeld (statt Brauenfeld) und Aargau (statt
Aargau).